

Bundesausschuss Obst und Gemüse Mitteilungen



bog

Nr. 01/2012
20. Januar 2012

<u>Inhalt:</u>	Seite
Sonderregelung für Arbeitskräfte aus Rumänien und Bulgarien	1
Internetplattform für Saisonarbeitskräfte	1
Höchstgehalte für Nitrat in Salat angepasst	2
Delegiertentagung der Fachgruppe Obstbau	3
Jahresbericht 2010 des Pflanzenschutzkontrollprogramms vorgelegt	4
Obst- und Gemüsemärkte zum Jahresbeginn 2012	5
Petition zum Flächenschutz	6
Dänemark hat Vorsitz in der EU übernommen	7
DBV-Situationsbericht 2011/2012 ist erschienen	7
DBV-Ehrenpräsident Freiherr Heeremann wird 80	7
Karl Voges 60 Jahre	8
Friedrich Wilhelm Klingelhöfer verstorben	8
Husmann neues Mitglied	8

SONDERREGELUNG FÜR ARBEITSKRÄFTE AUS RUMÄNIEN UND BULGARIEN

Das Bundeskabinett hat im Dezember 2011 beschlossen, dass Arbeitskräfte aus Rumänien und Bulgarien ab dem 01. Januar 2012 im Bereich der Land- und Forstwirtschaft, im Hotel- und Gaststättengewerbe, in der Obst- und Gemüseverarbeitung sowie in Sägewerken ohne Arbeitsgenehmigung-EU beschäftigt werden können.

Die Gewinnung von Saisonarbeitskräften vom EU-Arbeitsmarkt wurde mit der Befreiung der Saisonarbeitskräfte aus Bulgarien und Rumänien von der Arbeitsgenehmigungspflicht vereinfacht und erleichtert. Mit der Arbeitsgenehmigungsfreiheit entfällt weiterhin die bisher von der Bundesagentur für Arbeit erhobene Vermittlungsgebühr von 60 Euro je Person.

Die vollständige Arbeitnehmerfreizügigkeit für Bürger aus Bulgarien und Rumänien wird allerdings erst zum 01. Januar 2014 gelten. Aufgrund der nicht vollständigen Arbeitnehmerfreizügigkeit gilt weiterhin § 18 Beschäftigungsverordnung, d.h. die Beschäftigung muss mindestens 30 Stunden wöchentlich und durchschnittlich mindestens 6 Arbeitsstunden täglich betragen und ist bis zu sechs Monaten im Kalenderjahr möglich.

Das Anforderungsverfahren mit dem Formular Einstellungszusage/Arbeitsvertrag (EZ/AV) über die regionale Arbeitsagentur und die Zentrale Auslands- und Fachvermittlung (ZAV) Bonn gilt damit auch nicht mehr für Rumänien und Bulgarien. Die ZAV Bonn bietet jedoch eine gebührenfreie Vermittlungsdienstleistung auch für die jetzt zulassungsfreien Saisonarbeitskräfte aus Rumänien und Bulgarien mit den europäischen Arbeitsverwaltungen an.

Diese neue Regelung konnte insbesondere durch den Einsatz des Präsidenten des Deutschen Bauernverbandes, Gerd Sonnleitner, und dem Präsidenten des Gesamtverbandes der Deutschen Land- und Forstwirtschaftlichen Arbeitgeberverbände, Martin Empl, erreicht werden.

INTERNETPLATTFORM FÜR SAISONARBEITSKRÄFTE

Im Herbst 2009 hat der Gesamtverband der Land- und Forstwirtschaftlichen Arbeitgeberverbände die Internetplattform www.saisonarbeit-in-deutschland.de gestartet.

Mit dieser Internetplattform sollen deutsche Unternehmen der Land- und Forstwirtschaft sowie des Gartenbaues sich in polnischer, bulgarischer und rumänischer Sprache auf dortigen Internetseiten präsentieren können, um Saisonarbeitskräfte für ihre Betriebe zu gewinnen.

Da nunmehr Arbeitnehmer aus Rumänien und Bulgarien auch ohne EU-Arbeitsgenehmigung im Bereich der Land- und Forstwirtschaft und des Gartenbaues beschäftigt werden können, weist der Bundesausschuss Obst und Gemüse erneut auf dies Angebot hin.

HÖCHSTGEHALTE FÜR NITRAT IN SALAT ANGEPASST

Mit der Verordnung EU Nr. 1258/2011 der Kommission vom 02. Dezember 2011 wurden die Höchstgehalte für Nitrat in Salat entsprechend den wissenschaftlichen Erkenntnissen angepasst. Den Forderungen des Bundesausschusses Obst und Gemüse wurde damit entsprochen.

Für frischen Spinat gilt nunmehr das ganze Jahr ein Höchstgehalt von 3.500 mg Nitrat pro Kilogramm (bisher galt für Spinat ein Winterwert von 3.000 mg Nitrat pro kg und ein Sommerwert von 2.500 mg pro kg). Für haltbar gemachten, tiefgefrorenen Spinat gelten nach wie vor unverändert 2.000 mg Nitrat pro Kilogramm.

Für Kopfsalat gelten nach der neuen Verordnung für den Zeitraum 01. Oktober bis 31. März für unter Glas bzw. Folie gezogenen Salat 5.000 mg Nitrat pro Kilogramm (bisher 4.500 mg Nitrat pro Kilogramm) und für im Freiland angebauten Salat wie bisher 4.000 mg Nitrat pro Kilogramm. Für die Ernte vom 01. April bis zum 30. September gelten für unter Glas bzw. Folie angebauten Salat nunmehr 4.000 mg Nitrat pro Kilogramm (bisher 3.500 mg Nitrat pro Kilogramm) und für im Freiland gezogenen Salat 3.000 mg Nitrat pro Kilogramm (bisher 2.500 mg Nitrat pro Kilogramm).

Für Eisbergsalat gelten wie bisher für unter Glas bzw. Folie gezogenen Eisbergsalat 2.500 mg Nitrat pro Kilogramm und für im Freiland angebauten Eisbergsalat 2.000 mg Nitrat pro Kilogramm.

Neu festgesetzt wird ein Höchstgehalt für Rucola und zwar für die Ernte vom 01. Oktober bis zum 31. März in Höhe von 7.000 mg Nitrat pro Kilogramm und für den Erntezeitraum vom 01. April bis zum 30. September von 6.000 mg Nitrat pro Kilogramm.

Die neuen Werte gelten für Spinat, Kopfsalat und Eisbergsalat ab dem 23. Dezember 2011 und für Rucola ab dem 01. April 2012.

DELEGIERTENTAGUNG DER FACHGRUPPE OBSTBAU

Auf der Delegiertentagung vom 23. bis 24. November 2011 in Grünberg ließ Jens Stechmann, Vorsitzender der Fachgruppe Obstbau im Bundesausschuss Obst und Gemüse, das erste Jahr seiner Amtszeit Revue passieren. „Ob Witterungskapriolen oder EHEC-Krise, das Jahr 2011 hat uns gezeigt, wie wichtig es ist, in Krisenzeiten Seite an Seite zu stehen. Wir müssen lernen, jede Krise auch als Chance zu betrachten. Die Zeit bis zur nächsten krisenhaften Situation für den deutschen Obstbau wird die Fachgruppe nutzen müssen, um sich bestmöglich zu wappnen. Und genau dafür werden wir diese Delegiertentagung auch nutzen.“, erklärte er. Zur Ausgestaltung der gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013 stellte er fest, dass für den Bereich Obst und Gemüse an den Grundfesten der Marktinstrumentarien innerhalb der einheitlichen gemeinsamen Organisation der Agrarmärkte nicht gerüttelt werden dürfe. Bei dem Verordnungsvorschlag zu den Direktzahlungen gelte es insbesondere der vorgeschlagenen 7%igen Flächenstilllegung entgegenzuwirken und die Greening-Maßnahmen seien so anzupassen, dass sie für den Obstbau keine negativen Auswirkungen haben. Dabei wird sich der Obstbau mit Biodiversität und Nachhaltigkeit künftig aber grundlegend beschäftigen.

Ministerialrätin Dr. Karola Schorn, Referatsleiterin Pflanzenschutz im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz erläuterte auf der Delegiertentagung den aktuellen Sachstand im Bezug auf das neue Pflanzenschutzgesetz sowie zum Nationalen Aktionsplan und den Leitlinien zum Integrierten Pflanzenschutz. Stechmann bedankte sich bei dieser Gelegenheit, dass wichtige Anliegen des deutschen Obstbaus im neuen Pflanzenschutzgesetz berücksichtigt wurden. Gleichzeitig kritisierte er aber auch, dass bei der Neuregelung zum Sachkundenachweis mit einem enormen Bürokratieaufwand zu rechnen sei. Enttäuscht sei der Berufsstand auch, dass einer zentralen Forderung des gesamten landwirtschaftlichen und gartenbaulichen Verbandswesens nicht nachgekommen wurde: Das Umweltbundesamt bleibt weiterhin als Einvernehmensbehörde im Zulassungsverfahren von Pflanzenschutzmitteln involviert.

Dr. Schorn erwartet durch die im Juni in Kraft getretene EU- Zulassungsverordnung eine deutliche Verbesserung der Harmonisierung hinsichtlich der Verfügbarkeit von Pflanzenschutzmitteln durch das Verfahren der gegenseitigen Anerkennung. Darüber hinaus diskutierten die Delegierten den Nationalen Aktionsplan zu nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln. Gegenüber Dr. Schorn machten die Obstbauern unter anderem deutlich, dass der Nutzen des Pflanzenschutzes vorrangig beschrieben werden müsse, denn ohne Pflanzenschutz könne es kein gesundes und sicheres Obst geben. Die Delegiertenversamm-

lung forderte das Ministerium auf, sich auch für den Schutz der Verbraucher vor falschen Informationen im Zusammenhang mit Pflanzenschutzmitteln einzusetzen.

Mit Jürgen Mertz, Vizepräsident des Zentralverbands Gartenbau und Vorsitzender der Gartenbau-Berufsgenossenschaft, diskutierten die Delegiertenversammlung kontrovers die anstehende Neuordnung der landwirtschaftlichen Sozialversicherung. Geplant ist, dass die regionalen Berufsgenossenschaften unter dem Dach eines Bundesträgers zusammengefasst werden sollen. Aus gartenbaulicher Sicht ist der Verlust eines selbstständigen Trägers gravierend. Ein Bundesträger kann Vorteile bringen. Aber nur, wenn alle Beteiligten aufeinander zugehen und gerechte Beitragsstrukturen entwickeln. Wir vertrauen auf die Zusage der Politik, dass die Reform die landwirtschaftliche Sozialversicherung stärkt und dass es dabei aber zu keiner Erhöhung von Beiträgen einzelner Berufsgruppen kommen wird.“, fasste Jens Stechmann die Diskussion zusammen.

Franz Josef Müller, Präsident des Landesverbandes Erwerbsobst Baden-Württemberg, wurde einstimmig in seinem Amt als stellvertretender Vorsitzender der Fachgruppe Obstbau für weitere drei Jahre bestätigt. Als ein neuer Delegierter der Obstbauern in den Bundesausschuss Obst und Gemüse wurde für den ausscheidenden Peter Sander aus Thüringen nunmehr Heiner Husmann vom Bund Deutscher Heidelbeeranbauer benannt.

JAHRESBERICHT 2010 DES PFLANZENSCHUTZKONTROLLPROGRAMMS VORGELEGT

Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit hat den Jahresbericht 2010 des Pflanzenschutzkontrollprogramms am 6. Januar 2012 in Berlin vorgelegt. Darauf weist der Bundesausschuss Obst und Gemüse hin.

Das Pflanzenschutzkontrollprogramm ist ein Bund-Länder-Programm zur Überwachung und des Inverkehrbringens und der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln nach dem Pflanzenschutzgesetz. Bundesweit wurden im Rahmen dieses Kontrollprogramms im Jahre 2010 in 2.558 Handelsbetriebe und in 4.909 Betriebe der Landwirtschaft, des Gartenbaus und der Forstwirtschaft Kontrollen vorgenommen. Im Bereich der Landwirtschaft und des Gartenbaus sowie der Forstwirtschaft wurden Betriebs- und Anwendungskontrollen durchgeführt. Darüber hinaus wurden im Rahmen der Überwachung der Pflanzenschutzgeräte 99.715 Pflanzenschutzgeräte von den amtlichen bzw. amtlich anerkannten Kontrollstellen kontrolliert.

Bei den Kontrollen in den landwirtschaftlichen und gärtnerischen Betrieben wurden unter anderem die Sachkunde, die Einhaltung der Anwendungsbestimmungen, die Pflanzen-

schutzgeräteprüfung und die Dokumentationspflicht für Pflanzenschutzmittelanwendungen überprüft. Festgestellt wurde, dass nur bei 1,6 Prozent der kontrollierten Anwender kein gültiger Sachkundenachweis vorgelegt werden konnte, bei 0,6 Prozent der kontrollierten Schläge die Einhaltung der Vorschriften der Pflanzenschutzanwendungsverordnung nicht eingehalten wurde, auf 4,4 Prozent der kontrollierten Schläge wurden Verstöße bezüglich der Einhaltung der Anwendungsgebiete festgestellt und auf 2,3 Prozent der kontrollierten Schläge wurden Anwendungs- oder Bienenschutzbestimmungen nicht eingehalten. Die Beanstandungsquote bei den kontrollierten Pflanzenschutzgeräten lag bei 3,3 Prozent und bei der Kontrolle zur Einhaltung der Dokumentation für Pflanzenschutzmittelanwendungen gab es in 9,9 Prozent der kontrollierten Betriebe Beanstandungen.

OBST- UND GEMÜSEMÄRKTE ZUM JAHRESBEGINN 2012

Die Zeichen beim Lagergemüse – unter anderem für Möhren, Sellerie, Wirsing, Weiß- und Rotkohl – stehen recht freundlich. Durch die Witterung konnten vergleichsweise gute Ernten eingefahren werden und die Abverkäufe liegen bei durchschnittlichen Preisen, allerdings gerät der Kohl mehr und mehr unter Druck.

Bei Zwiebeln halten die großen geernteten Mengen mit den Preiserwartungen nicht stand. Die Preise für Zwiebeln haben sich auf sehr niedrigem Niveau eingependelt, wobei der Preisdruck durch die Größe der Zwiebeln noch verstärkt wird. Es ist davon auszugehen, dass nicht alle Zwiebeln einen Markt finden werden. Die Lager waren zum Jahreswechsel zum Bersten voll.

Bei Äpfeln ist die Vermarktungssaison zögerlich angelaufen, bei leicht abgesenkten Preisen gegenüber dem Vorjahr. Die Mostäpfelpreise lagen im Gegensatz dazu wieder deutlich über denen des Vorjahres und waren mit 12 bis 15 Euro je 100 Kilogramm bisher zufriedenstellend. Für das Jahr 2012 wird bei Kernobst ein stärkerer Abverkauf erforderlich sein, wobei die Preiserwartungen leicht optimistisch eingeschätzt werden. Gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum lagern zum Jahreswechsel in Deutschland rund 27 Prozent mehr Äpfel. In Europa dürften die Lagerbestände zum Jahreswechsel 2011/2012 insgesamt rund 10% über den Vorjahreswerten liegen.

Im Rückblick auf den Gemüsemarkt 2011 insgesamt war die Preissituation beim Gemüse unbefriedigend. Zwar lagen die durchschnittlichen Preise über dem schlechten Jahr 2009 aber immer noch deutlich unter denen des Jahres 2010. Insgesamt war die Gemüseernte 2011 leicht überdurchschnittlich mit insgesamt knapp 3,3 Mio. t Gemüse. EHEC-bedingt ha-

ben Salate, Gurken und Tomaten eines der schlechtesten Jahre hinter sich. Die Spargelernte mit 100.000 t war mit leicht unterdurchschnittlichen Preisen akzeptabel. Ebenso waren die Gemüsearten wie Kohl, Wirsing, Blumenkohl, Lauch bei guten Erträgen ordentlich.

Der Obstmarkt 2011 war im Rückblick insgesamt freundlicher als der Gemüsemarkt. Die Ernten waren mit insgesamt 1,25 Mio. t Obst durchschnittlich und die Preissituation akzeptabel. Die Erdbeerente war bei rund 160.000 t und einem ausgeglichenen Saisonverlauf recht gut. Das übrige Beerenobst und das Steinobst brachten unterdurchschnittliche Erträge aber immer noch deutlich bessere Erträge als im Vorjahr. Bei Äpfeln wurde eine Ernte von rund 896.000 Tonnen eingefahren. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine um sieben Prozent größere Erntemenge.

PETITION ZUM FLÄCHENSCHUTZ

Tag für Tag verlieren wir wertvolle Äcker und Wiesen durch Überbauung und Versiegelung, so dass sie nicht mehr landwirtschaftlich genutzt werden können. In Deutschland beträgt dieser Flächenverlust täglich rund 90 Hektar, also umgerechnet 120 Fußballfelder. Seit 1992 sind schon über 800.000 Hektar fruchtbarer Boden versiegelt worden und für die landwirtschaftliche Nutzung verloren! Um die Versorgungssicherheit bei Nahrungsmitteln und nachwachsenden Rohstoffen nicht zu gefährden, ist eine Umdenken und Umsteuern dringend erforderlich!

Deshalb ist die Zeit gekommen, dass der Deutsche Bundestag sich dieses Themas annimmt und einen gesetzlichen Schutz landwirtschaftlicher Flächen beschließt. Mit dieser Petition an den Deutschen Bundestag will der Deutsche Bauernverband eine solche Gesetzesinitiative und wirksame Maßnahmen zur Reduzierung des Flächenverbrauchs erreichen. DBV und Landesverbände haben in einer Gesetzesinitiative zum Flächenschutz detaillierte Vorschläge zur Reduzierung des Flächenverbrauchs und zu einem Schutz landwirtschaftlicher Flächen unterbreitet. Mit der Petition an den Deutschen Bundestag wollen wir unserem Anliegen den nötigen Nachdruck verleihen. Unterstützen Sie daher die Petition zum Flächenschutz mit Ihrer Unterschrift. Das Thema geht alle an! Jeder kann unterschreiben - in der Familie, der Nachbarschaft und im Dorf! Weitere Informationen sind unter www.bauernverband.de abrufbar.

DÄNEMARK HAT VORSITZ IN DER EU ÜBERNOMMEN

Dänemark hat zum 1. Januar 2012 in der ersten Jahreshälfte 2012 den Vorsitz in der Europäischen Union übernommen. Im zweiten Halbjahr 2012 folgt dann ab dem 1. Juli Zypern in der Präsidentschaftsrolle in der EU. Darauf weist der Bundesausschuss Obst und Gemüse hin.

Unter dänischer Ratspräsidentschaft werden im Agrarrat schwerpunktmäßig die Vorschläge zur GAP nach 2013 beraten und weiterentwickelt werden.

DBV-SITUATIONSBERICHT 2011/2012 IST ERSCHIENEN

Der neue Situationsbericht 2011/12 des Deutschen Bauernverbandes kann ab sofort bestellt werden. Auf 296 Seiten und mit 309 Grafiken wird die wirtschaftliche Entwicklung der Land- und Agrarwirtschaft umfassend analysiert. Ein besonderer Schwerpunkt sind die aktuellen Daten der Landwirtschaftszählung 2010. Darüber hinaus greift der Situationsbericht viele aktuelle Themen auf, darunter die Gemeinsame Agrarpolitik nach 2013, die Bioenergie und den Flächenschutz. Die Broschüre beschreibt zudem die Einordnung der Land- und Ernährungswirtschaft in die Gesamtwirtschaft und in die internationalen Agrarmärkte. Auch die aktuellen Buchführungsergebnisse der landwirtschaftlichen Betriebe werden dargestellt.

Der Situationsbericht 2011/12 des Deutschen Bauernverbandes kann gegen eine Schutzgebühr von 15 Euro je Stück plus Versandkosten beim Deutschen Bauernverband bestellt werden. Die Bestellung ist online möglich unter www.situationsbericht.de im Internet. Außerdem sind alle Inhalte der Broschüre unter www.situationsbericht.de abrufbar.

DBV-EHRENPRÄSIDENT FREIHERR HEEREMANN WIRD 80

Am 17. Dezember 2011 vollendet Constantin Freiherr Heereman, Ehrenpräsident des Deutschen Bauernverbandes seinen 80. Geburtstag. Freiherr Heereman war 28 Jahre lang DBV-Präsident. In dieser Zeit war er auch Mitglied im Bundesausschuss Obst und Gemüse.

Heereman war von 1969 bis 1997 DBV-Präsident, nachdem er 1968 zum Präsidenten des Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverbandes gewählt worden war. Diese langjährige Präsidentschaft findet bis heute noch in den Spitzenverbänden von Wirtschaft und Gesellschaft keine Parallele. Gegenüber drei Bundeslandwirtschaftsministern und drei Bundeskanzlern vertrat er konsequent aber fair die Interessen der deutschen Bauern. Agrarpolitik war für ihn stets auch Politik für die Wirtschaftskraft des ländlichen Raums sowie für eine

intakte Umwelt. Von 1979 bis 1981 sowie von 1990 bis 1992 war er Präsident des europäischen Bauernverbandes COPA, von 1982 bis 1986 Präsident des Weltbauernverband IFAP. Seit 1997 ist Heereman Ehrenpräsident des DBV.

KARL VOGES 60 JAHRE

Am 25. Dezember vollendete das BOG-Mitglied Karl Voges sein 60. Lebensjahr.

Die Mitglieder des BOG gratulieren dazu ganz herzlich.

Im Bundesausschuss Obst und Gemüse ist Voges ein ausgewiesener Experte in der Vermarktung von Gemüse. Sein Wissen und seine Erfahrung sind für die Meinungs- und Willensbildung eminent wichtig.

FRIEDRICH WILHELM KLINGELHÖFER VERSTORBEN

Am 5. Dezember 2011 verstarb Friedrich Wilhelm Klingelhöfer nach schwerer Krankheit im Alter von 74 Jahren.

Klingelhöfer war 1984 bis 1990 stellvertretender Vorsitzender der Fachgruppe Gemüsebau im Bundesausschuss Obst und Gemüse und in den 80ziger Jahren Mitglied im Bundesausschuss Obst und Gemüse.

HUSMANN NEUES MITGLIED

Der Vorstand der Fachgruppe Obstbau im Bundesausschuss Obst und Gemüse hat den Heidelbeeranbauer Heiner Husmann aus Borstel neu in den Bundesausschuss Obst und Gemüse delegiert.

Husmann folgt Peter Sander, der altersbedingt aus dem BOG ausgeschieden ist.

Die Mitglieder des BOG freuen sich ein eine gute Zusammenarbeit mit ihrem neuen Mitstreiter.